

Schutz von geistigem Eigentum in internationalen Forschungsk Kooperationen: Britische Regierung richtet neue Beratungseinheit ein

31.05.2021 | Berichterstattung weltweit

Die britische Regierung hat am 25. Mai angekündigt, eine spezialisierte Beratungseinheit innerhalb des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie einzurichten, die sich mit dem Risiko von ausländischer Spionage und Diebstahl von geistigem Eigentum an Universitäten befassen soll.

Das Ziel des neuen Research Collaboration Advice Teams (RCAT) ist es, die Arbeit von Forschenden vor feindlichen Aktivitäten aus dem Ausland zu schützen. Zum einen wird das Team proaktiv auf Forschungseinrichtungen zugehen und sie insbesondere in Vorbereitung auf internationale Kooperationen zu sicherheitsrelevanten Themen wie Exportkontrollen, Cybersicherheit und Schutz des geistigen Eigentums beraten. Zum anderen wird die Stelle auf Anfragen britischer Universitäten reagieren, die potenzielle Risiken in laufenden Projekten oder Anträgen identifiziert haben.

Die Gründung der neuen Regierungseinheit erfolgte als Reaktion auf Warnungen von Sicherheitsexperten zu riskanten Partnerschaften, die britische Universitäten mit chinesischen Unternehmen und Forschungslabors eingegangen seien. Laut dem Online-Magazin Science | Business wurden im Februar dieses Jahres Ermittlungen gegen mehr als ein Dutzend britischer Universitäten wegen möglicher Verstöße gegen Exportbeschränkungen eingeleitet. In der Regierungsmitteilung zur Gründung des RCAT wird darauf hingewiesen, dass die Bedrohungen für Wissenschaft und Forschung – in erster Linie Diebstahl, Missbrauch oder Ausnutzung von geistigem Eigentum durch feindliche Akteure – wachse, sich weiterentwickeln und immer komplexer werden. Die britische Regierung sei jedoch weiterhin bestrebt internationale Kooperationen zu fördern und es Forschenden und Unternehmen – beispielsweise durch die im April bestätigte Assoziierung mit dem europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa – zu ermöglichen, die Vorteile zu nutzen, die sich aus der Zusammenarbeit mit Partnern im Ausland ergeben.

Die Gründung des RCAT ist die jüngste in einer Reihe von Maßnahmen zum Schutz von Forschungs- und Wirtschaftsinformationen. Im April wurde der [National Security and Investment Act](#) verabschiedet, der die Befugnisse der Regierung stärkt, Fusionen, Übernahmen und andere Geschäfte, welche die nationale Sicherheit Großbritanniens bedrohen könnten, zu untersuchen und falls erforderlich entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Im Jahr 2020 unterstützte die Regierung den Hochschulverband Universities UK bei der Veröffentlichung von Richtlinien zum Umgang mit sicherheitsrelevanten Risiken bei internationalen Kooperationen. Diese folgten auf den Start der von der Regierung finanzierten Kampagne "Trusted Research" im Jahr 2019 durch das Centre for the Protection of National Infrastructure und das National Cyber Security Centre, die britische Universitäten und Forschungseinrichtungen unterstützt, fundierte Entscheidungen über internationale Zusammenarbeit und damit verbundene Risiken zu treffen.

Zum Nachlesen

- GOV.UK (25.05.2021): [Dedicated government team to protect researchers' work from hostile activity](#)
- Science | Business (26.02.2021): [UK announces new unit to deal with risk of foreign espionage and theft of IP from universities](#)

Quelle: GOV.UK / Science|Business

Redaktion: 31.05.2021 von Anna März, VDI Technologiezentrum GmbH

Länder / Organisationen: Vereinigtes Königreich (Großbritannien)

Themen: Bildung und Hochschulen, Ethik, Recht, Gesellschaft, Strategie und Rahmenbedingungen

[Zurück](#)

Weitere Informationen